Werk

Titel: Revolutionstheorien und die Umbrüche 1989 in Osteuropa

Autor: Barker, Colin; Mooers, Colin

Ort: Hamburg

Jahr: 1997

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0012|LOG_0037

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Colin Barker/Colin Mooers

Revolutionstheorien und die Umbrüche 1989 in Osteuropa

DIE Revolutionen des Jahres 1989 in Osteuropa (Polen, Ungarn, DDR, Bulgarien, Rumänien und der ehemaligen Tschechoslowakei) haben einige charakteristische Merkmale. Sie fanden in verhältnismäßig entwickelten industriellen Gesellschaften statt, und ihre Träger kamen aus den städtischen Schichten. Die Forderungen der Opposition waren eher »politisch« als »sozial« begründet, und es gab innerhalb der oppositionellen Kräfte nur geringe politische Auseinandersetzungen über die Frage, wie reformistisch oder radikal zu handeln sei. Die Massenmobilisierung während der Revolutionen war begrenzt. Abgesehen von Rumänien fanden die sozialen Veränderungen mit weniger Gewalt als zum Beispiel der Streik der britischen Bergleute 1984/1985 statt. Die bewaffneten Kräfte spielten kaum eine Rolle, und in einigen Fällen sahen sich die Militärchefs sogar genötigt, Zugeständnisse an die Oppositionen zu machen. Die bisherigen Regime gaben ihre Macht meistens schnell, mit verhältnismäßig wenig Widerstand ab, und im großen und ganzen ging der politische Wechsel unter den Bedingungen der existierenden Verfassungen vonstatten. Obwohl die nationalen Muster der Ereignisse sich unterscheiden, gab es eine Art »Domino-Effekt«, eine Welle der Revolten, die sich über die ganze Region ausbreitete und ein Regime nach dem anderen stürzen ließ. Die politischen Folgen ähnelten sich: Das politische Monopol der Kommunistischen Parteien wurde gebrochen, es entstanden demokratisch gewählte Regierungen, deren Aufgabe es war, die Kommandowirtschaft zu demontieren, das heißt, die Nationalökonomien zu privatisieren und den Kräften des Marktes anzupassen.

Die Ereignisse von 1989 sind zwar Teil eines umfassenden Wandlungsprozesses, in den auch die ehemalige Sowjetunion und das ehemalige Jugoslawien — als Teile eines noch immer unvollständigen »Zyklus des Protestes«[1] — einbezogen werden müssen. Aber sie sind doch kohärent genug, um für sich

1 Sidney Tarrow, »Aiming at a Moving Target« — Social Science and the Recent Rebellions in Eastern Europe; in: Political Science and Politics, XXIV (1992), 1.

betrachtet zu werden; und im übrigen erhellt ihr Charakter einiges über den größeren Prozeß.

Robert Dix behauptet, daß die Revolutionen des Jahres 1989 vorhandene Revolutionstheorien in Frage stellten.[2] Ihr städtisch-industrieller Charakter widerlege die Annahme, daß Revolutionen nur in rückständigen, agrarischen Ländern stattfinden könnten.[3] Ihnen fehlten jene Elemente eines »Klassenkampfs von unten«, die mit dem Begriff »soziale Revolutionen« verbunden werden.[4]

Dieser Artikel untersucht verschiedene Fragen im Kontext der Ereignisse von 1989: Was bedeutet »Revolution«? Was geschah 1989, und was passierte nicht? Mit welchen Kategorien lassen sich die Ereignisse sinnvoll beschreiben, und unter welchem theoretischen Aspekt sollten wir sie interpretieren?

Definitionsprobleme

Was sollen wir unter dem Begriff »Revolution« verstehen? Waren die Ereignisse von 1989 überhaupt »Revolutionen«?

James Petras ist der Ansicht, daß diese Frage nicht mit Gewißheit zu beantworten sei.[5] Zunächst bezweifelt er aus zwei Gründen, daß eine »Revolution« stattgefunden hat: 1. Die »Mobilisierung der Massen« war nicht »institutionalisiert«. 2. Es gab nur einen begrenzten »Wechsel der Eliten«. Beide Argumente implizieren eine normative Vorstellung von dem, was eine Revolution beinhalten sollte. Später wird er dann präziser: es habe keine »authentische demokratische Revolution« gegeben. Das erlaubt die Behauptung, daß 1989 eine »Revolution« stattgefunden hat, aber eine Revolution besonderen Typs. Und es könnte die Notwendigkeit einer Art Typologie von Revolutionen nahelegen — eine Aufgabe, deren erster Schritt die Auseinandersetzung mit einigen Definitionen des Begriffs »Revolution« nötig macht. Manche sind sehr streng. Samuel Huntington schlägt vor, daß unter einer Revolution »ein schneller, umfassender und gewaltsamer inländischer Wechsel der vorherrschenden Werte und Mythen einer Gesellschaft, der politischen Institutionen, der sozialen Struktur, der Führung und der Regierungstätigkeiten

2 Robert H. Dix, Eastern Europe's Implications for Revolutionary Theory; in: Polity, XXIX (1991), 2.
3 Vgl. Samuel Huntington, Political Order in Changing Societies, Yale University Press 1968; Theda Skocpol, States and Social Revolutions, London (Cambridge University Press) 1978; Jack Goldstone (Hg.), Revolutions — Theoretical, Comparative and Historical Studies, Orlando/Florida (Harcourt Brace Jovanovich) 1986 und Michael S. Kimmel, Revolutions — A Sociological Interpretation, London (Polity) 1990.
4 Zum Beispiel von Theda Skocpol, States (Anm. 3).
5 Vgl. James Petras, Retreat of the Intellectuals, in: Economic and Political Weekly, 22. September 1990, S. 2143–2156.

und deren Politik« zu verstehen ist. Diese Definition ist so umfassend, daß nur wenige historische Ereignisse sie erfüllen. Für Osteuropa trifft kaum die Hälfte dieser Bestimmungen zu.

Gegen diese Sicht von Revolutionen als außergewöhnliche, verheerende Ereignisse betonen andere Theoretiker ihre relative Normalität. Rod Aya paraphrasiert beispielsweise von Clausewitz: Revolution sei »die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«. Als der Nationalstaat der vorrangige Ort politischer Aktivitäten war, »verband sich die Revolution mit dem Krieg als letztem Mittel in der politischen Auseinandersetzung«.[6] Aya folgt damit Peter Amann[7] und Charles Tilly,[8] die beide Revolution mit streng politischen Begriffen definieren. Sie ist danach Resultat einer Serie von Ereignissen mit zwei unterscheidbaren Phasen: einer »revolutionären Situation« und einem »revolutionären Ergebnis«.

Revolutionär ist eine Situation, in der zwei oder mehr konkurrierende politische Blöcke um die Staatsmacht kämpfen. Tilly argumentiert, daß drei Elemente notwendig seien, um eine »revolutionäre Situation« entstehen zu lassen: 1. Eine Koalition von Konkurrenten außerhalb der existierenden Regierung erhebt Alleinanspruch auf die Staatsmacht. 2. Diese Konkurrenten erhalten gegen die Direktiven des alten Regimes Unterstützung von bedeutsamen Teilen der Bevölkerung. 3. Die Vertreter des alten Regimes (Polizei, Armee, etc.) erweisen sich als unfähig oder unwillig, die Konkurrenten und ihre Unterstützer zu unterdrücken, und machen damit die Kontrolle des alten Regimes über die Staatsmacht brüchig.[9] So eine umfassende politische Krise kann auf unterschiedliche Art und Weise gelöst werden. Eine Möglichkeit ist das »revolutionäre Ergebnis«: Die Konkurrenten haben mit ihrem Anspruch auf die Staatsmacht Erfolg. Aber eine revolutionäre Situation ist ein politischer Kampf mit offenem Ausgang.

Diese Definition des »politischen Prozesses« vermeidet einige Schwierigkeiten, die mit anderen Erklärungsansätzen verbunden sind, die Revolution über die »Intention der Handelnden« oder über das »Ergebnis« zu definieren versuchen. Intentionen sind nicht notwendigerweise stabil oder homogen: Sie können erst im Lauf einer revolutionären Situation entstehen; sie müssen unter den Konkurrenten einer Koalition nicht übereinstimmen, jeder von ih-

6 Rod Aya, Rethinking Revolutions and Collective Violence — Studies on Concept, Theory and Method, Amsterdam (Het Spinhuis) 1990, S. 52, 50.

7 Peter Amann, Revolution — a Redefinition, in: Political Science Quaterly, (1962), 77, S. 36–53. Wiederabgedruckt in: Clifford T. Paynton/Robert Blackey (Hg.), Why Revolution? Theories and Analyses, Cambridge/Mass. (Schenckman) 1971, S. 57–71.

8 Charles Tilly, From Mobilization to Revolution (Addison-Wesley) 1978; ders., European Revolutions 1492–1992, Oxford (Blackwell) 1993; ders., Contentious Repertoires in Great Britain 1758–1834, in: Social Science History, 17 (1993), 2, S. 253–280.

9 Vgl. Charles Tilly, Mobilization (Anm. 8).

nen kann seine Absichten im Verlauf der Ereignisse ändern. Und schließlich können anfängliche Ziele sehr wenig mit den tatsächlichen Ergebnissen zu tun haben. Bei der Definition über die Ergebnisse besteht das Risiko, daß die Resultate, die von einer »wachsamen Gewalt« (vigilante violence) im Verlauf einer Revolution produziert wurden, mit denen verwechselt werden, die durch »offizielle Anordnung« eines neuen, nach-revolutionären Regimes entstanden sind.[10] Der Begriff des »politischen Prozesses« hat demgegenüber weitere Vorteile. Er bringt Revolutionen mit einem ganzen Spektrum ähnlicher Ereignisse, vom Putsch bis zum Bürgerkrieg, in Verbindung, ohne von vornherein auf scharfen, konzeptionellen Abgrenzungen innerhalb dieses Spektrums zu bestehen. Er erlaubt, innerhalb desselben theoretischen Feldes sowohl über erfolgreiche als auch über scheiternde revolutionäre Umsturzversuche nachzudenken. Und er ermöglicht, zwischen revolutionären Situationen und spannenden politischen Momenten (zum Beispiel der Mai 1968 in Frankreich) zu unterscheiden, indem er die Charakteristika einer revolutionären Situation genau spezifiziert. Mit dieser Definition über den »politischen Prozeß« können wir uns mit verschiedenen Revolutionen beschäftigen und eine ganze Reihe historischer Fragen — über die Gründe, den Prozeß, die Handelnden, ihre Intentionen, die Folgen, etc. — stellen, ohne die Erwartung, die Ereignisse müßten einem vorgegebenen Muster entsprechen. Sie erlaubt es, sinnvolle theoretische Verfahren wie den Vergleich und die Klassifizierung anzuwenden, ohne bereits im Vorfeld die Festlegung auf eine umfassende Theorie zu verlangen.

Im Hinblick auf 1989 stellt uns allerdings auch dieser Ansatz vor Probleme. Einige übersehen die Schwierigkeiten;[11] sie behandeln die ganze Sequenz der Ereignisse in verschiedenen Ländern als einen einzigen, allgemeinen Prozeß: »die Revolution in Osteuropa«. Dies verdeckt entscheidende Differenzen zwischen den Prozessen, die in den verschiedenen Staaten stattfanden. Judy Batts[12] Unterscheidung zwischen den zwei Mustern »ausgehandelter Übergang« in Polen und Ungarn und »Zusammenbruch des Regimes« in den übrigen Ländern ist nützlich.

Die Ereignisse in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Rumänien scheinen genau mit Tillys Kriterien für eine »revolutionäre Situation« über-

10 Rod Aya, Rethinking Revolutions (Anm. 6), S. 5.

11 Zum Beispiel Ernst Kux, Revolution in Eastern Europe — Revolution in the West?, in: Problems of Communism Mai/Juni 1991, S. 1–13; Sasha Weitman, Thinking the Revolutions of 1989, in: British Journal of Sociology, 43 (1992), S. 11–24 und Barbara Misztal, Understanding Political Change in Eastern Europe — A sociological Perspective, in: Sociology, 27 (1993), S. 451–470.

12 Judy Batt, The End of Communist Rule in East-Central Europe — A Four-Country Comparison, in: Government and Opposition, 26 (1991), 3, S. 368–390. Vgl. auch Daniel V. Friedheim, Bringing Society Back into Democratic Transition Theory after 1989 — Pact Making and Regime Collapse; in: East European Politics and Societies, 7 (1993), 3, S. 482–512.

einzustimmen. Hier finden wir Koalitionen, die um die Staatsmacht konkurrieren und auf öffentlichen Kundgebungen die Unterstützung des Volkes gegen die Befehle des Regimes gewinnen, und eine schwache und aufgesplitterte Repression. Aber was ist mit Polen und Ungarn? Hier wurde das Monopol der herrschenden Parteien durch »Verhandlung« beendet, mit, wenn überhaupt, wenigen direkten Konfrontationen zwischen den Demonstranten und der alten Ordnung. Garton Ash prägte, um die Besonderheit Ungarns zu betonen, den Begriff der »Refolution«.[13]

Wenn in Polen und Ungarn Revolutionen stattgefunden haben, müssen wir Tillys Kriterien verändern, denn weder in Polen noch in Ungarn hat das alte Regime Direktiven gegen die Bevölkerung erlassen. Ihr politisches Monopol wurde herausgefordert, und die Parteiführungen entschieden sich, über dessen Abschaffung zu verhandeln.

Anderson definiert Revolution als eine »erschütternde« politische Umwälzung, aus der — was Zeit und Ziel angeht, sehr komprimiert — eine veränderte Staatsform hervorgeht. Aber die polnische wie auch die ungarische Umwälzung enthielten wenig »Erschütterndes«. Die dortigen Regime boten eine »ziemlich abrupte Kapitulation« an[14] oder gingen nach vier Dekaden einfach langsam zugrunde.[15] Wenn die Ereignisse in anderen Staaten »erschütternder« waren, dann wegen der anderen Reaktion der Regime auf die Infragestellung ihrer Macht, nicht weil die Opposition in diesen Ländern anders agierte. Die Regierungen der DDR, der Tschechoslowakei und Rumäniens schätzten ihre Lage als nicht so kritisch ein; sie versuchten zunächst, ihre Herrschaft zu erhalten und kollabierten etwas später. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei wurden schnell »die sanfte Revolution« genannt.

Sicherlich hat die Überlegung, die Entwicklung von 1989 in Osteuropa als einen einzigen Prozeß zu behandeln, einen Vorzug. Die Ereignisse bilden eine miteinander verbundene Sequenz, in der sich sowohl das Bewußtsein der Beteiligten als auch die strukturellen Ergebnisse in den verschiedenen Ländern ähneln. In gewissem Sinn waren die »ausgehandelten Übergänge« in Polen und Ungarn, die den ganzen Zyklus eröffneten, die Regel, während die eher »revolutionären« Ereignisse die »Ausnahmen« blieben.

Es zeigt sich, daß auch die Definitionen von Revolution als »politischer Prozeß« an ihren Rändern ausgefranst und unsicher sind. Die Ereignisse in Osteuropa benötigen eine genauere Betrachtung. Was war das Besondere an den Revolutionen von 1989?

13 Timothy Garton Ash, We The People — The Revolutions of '89, Granta (Penguin) 1990.
14 Robert H. Dix, Implications (Anm. 2).
15 Vgl. Alex Callinicos, The Revenge of History, London (Polity) 1991.

Für Lenin hat eine revolutionäre Situation zwei Eigenschaften. Die herrschende Klasse ist nicht länger in der Lage, auf die herkömmliche Art und Weise zu herrschen, während die Mehrheit der Bevölkerung nicht länger gewillt ist, auf diese Art und Weise beherrscht zu werden. Ein Schema wie das von Tilly ist brauchbar, aber es läßt ein Problem offen: Welche Bedeutung haben diese beiden Faktoren in einer revolutionären Situation? Mit anderen Worten: Inwieweit brachen die kommunistischen Regime zusammen und inwieweit wurden sie gestürzt? Haben die alten Eliten in der Folge lediglich ihre »herkömmliche Art und Weise« des Herrschens aufgeben müssen, oder wurden sie tatsächlich abgesetzt? Die Antworten fordern eine Fokussierung auf jene Prozesse, durch die die osteuropäische Politik verändert wurde, und auf die wichtigsten Gruppen der daran aktiv Beteiligten.

Zwei Gruppen spielten eine bedeutende Rolle: die alte herrschende Elite, die sich um das Machtmonopol der Kommunistischen Parteien gruppierte, und die Opposition, die sich in ihre Führungsfiguren und die breitere (meist städtische) Bevölkerung aufteilen läßt.

Die Eliten

Zwei Fragen lassen sich zu den osteuropäischen Eliten stellen. Elmer Hankiss fragt: »Warum schossen sie nicht?«[16] Als sie 1953, 1956, 1968 und 1981 mit Widerstand und der Infragestellung ihrer Macht konfrontiert wurden, setzten sie das Militär ein. Warum nicht 1989? (Und es ist daran zu erinnern, daß am selben Sonntag im Juni 1989, an dem in Polen halbfreie Wahlen abgehalten wurden, in Peking die Panzer auf den Platz des Himmlischen Friedens rollten.) Und wenn »Schießen« nicht in Frage kam, warum haben sie sich nicht wie de Gaulle 1968 verhalten und den Sturm einfach ausgesessen und schließlich gut überstanden?

Die grundlegenden Antworten sind: 1. Sie sahen keine andere Option, als zu »verhandeln« oder, »gefolgt von einer sanften Revolution, zu kollabieren«.[17] 2. Für die meisten war der politische Umbau nicht so bedrohlich. Die Möglichkeit einer Neuordnung des Herrschaftsapparats, ohne daß ihre Lebensweise allzusehr gestört wurde,[18] war durchaus verlockend.

Die klassischen stalinistischen Regime Osteuropas verbanden Regierung, Staat und Unternehmen zu einem einzigen, umfassenden System. Die Partei

16 Elmer Hankiss, What the Hungarians Saw First, in: Gwyn Prins (Hg.), Spring in Winter — The 1989 Revolutions, Manchester University Press 1990, S. 13–38.
17 Judy Batt, Communist Rule (Anm. 12).
18 Vgl. Mike Haynes, Class Recomposition, Class Power and the Transition in Eastern Europe, University of Wolverhampton, o.J.

durchdrang alles, allerdings unter der politisch-militärischen Hegemonie der UdSSR. Zusammen und getrennt verfolgten sie ein Entwicklungsprogramm, das auf nationaler und Block-Autarkie basierte. Der Schwerpunkt lag auf der Schwerindustrie (mitsamt der militärischen) und darauf, den Westen einzuholen und, wenn möglich, zu überholen. Diesem Ziel wurde alles in der Gesellschaft untergeordnet.

Anfangs waren die Länder erfolgreich: Ihre durchschnittlichen Wachstumsraten überstiegen die westlichen; sie galten weithin als Entwicklungsmodell für rückständige Länder. Die meisten Linken identifizierten sich — zum Teil kritisch — mit ihnen. Aber dann gerieten die Staaten an innere und äußere Grenzen, die zuerst ein langsameres Wachstum und schließlich Stagnation zur Folge hatten. In offiziellen Kreisen wurden Argumente für eine »Reform« immer populärer. Ernsthafte Reformversuche erwiesen sich jedoch als enttäuschend und führten in einigen Fällen zu politischen und sozialen Unruhen. Der wirtschaftliche Vorteil, den die UdSSR von ihren Satelliten zunächst hatte, wurde zu einer »Nettobelastung«.[19]

Anfang der siebziger Jahre ermunterte der Kreml die osteuropäischen Regierungen, im Westen nach Investoren und technologischer Unterstützung zu suchen. Diese Strategie scheiterte, produzierte aber neue Beziehungen zwischen östlichen Unternehmensführern und westlicher Wirtschaft. Das geringere Wachstum schwächte das ideologische Ansehen der alten Wirtschaftsmodelle, und die Parteien vermochten immer weniger dem herrschenden System einen Zusammenhalt zu geben. Pragmatismus und Egoismus nahmen unter den Parteimitgliedern zu.[20]

Nach Aufstieg und Fall der polnischen Solidarność wurde offensichtlich, daß Osteuropa der UdSSR nur durch Subventionen oder Gewalt erhalten bleiben würde. Der Beginn der Ära Gorbatschow brachte neue Probleme für die Regime. In der DDR und der Tschechoslowakei versuchten die Regierungen, Perestroika und Glasnost von sich fernzuhalten. Ceauşescu lehnte die neue Entwicklung einfach ab und verurteilte sie öffentlich. Die Parteiführungen in Ungarn und Polen nahmen die neuen Ideen vorsichtig auf, gaben sich dialogbereit und zogen Leute von außerhalb der Partei hinzu.[21]

Der Zwang zu ökonomischen Reformen wuchs, und mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) bewegten sich Polen und Ungarn immer mehr in Richtung Marktwirtschaft. Die damit notwendig verbundene

19 David Ost, Introduction — Shock Therapy and its Discontents, in: Telos, (1992), S. 107–112; Barbara Misztal, Understanding (Anm. 11), S. 463.

20 Zum Beispiel Antoni Sutek, The PUWP — From Mobilization to Non-Representation, in: Soviet Studies, 42 (1990), 3.

21 Zum Beispiel George Kolankiewicz, Poland — the Politics of Permissible Pluralism; in: Eastern European Politics and Societies, 2 (1988), 1, S. 152–183.

Weltmarktintegration erschwerte diese Politik. Während die Schulden wuchsen und der industrielle Export rückläufig war, stieg gleichzeitig der Anteil des blockinternen Handels.[22] Immer lauter warben die Sprecher der Regime für die Vorteile des Marktes, wobei sich ihr notorischer Optimismus oft kaum noch von dem des Adam-Smith-Instituts oder ihren jeweiligen Oppositionsbewegungen unterschied.

Zu dieser Politik der Marktwirtschaft gehörte die Beschleunigung der Privatisierung durch die Nomenklatura. Parteimitglieder mit Beziehungen, gelegentlich am Rande der Legalität, wandelten gewinnbringende Segmente der Staatsindustrie in private Firmen um.[23] Die marktwirtschaftliche Politik produzierte neue Symptome der Krise, soziale Unruhen drohten. Es brauchte letztlich nicht viel, damit der Reformflügel der Partei sich mit der Opposition zu Gesprächen traf. In Polen schließlich waren es 1988 zwei Streikwellen, und in Ungarn reichte viel weniger. Als Gorbatschow die Legalisierung der Solidarność und dann deren erste Regierung akzeptierte, folgte Ungarn rasch im August 1989.

Die polnischen Entwicklungen waren beides: Testfeld und Anstoß für die Ereignisse in den anderen Ländern. In nur sechseinhalb Monaten nach den halbfreien polnischen Wahlen Mitte Juni veränderte sich die Politik der ganzen Region. Ungarn hatte seine Grenzen geöffnet und freie Wahlen abgehalten; die Berliner Mauer fiel; in Bulgarien trat Todor Živkov zurück; die Ceauşescus wurden von einem Exekutionskommando erschossen; Václav Havel wurde Präsident der Tschechoslowakei.

Die Umwälzung in Polen war paradigmatisch. Die Kommunistische Partei trat leise von der Bühne ab und erlaubte neuen politischen Kräften, den Anpassungsprozeß an den Westen fortzuführen, den sie selbst so wenig erfolgreich begonnen hatte. Die meisten Manager blieben in ihren Positionen oder etablierten neue Verbindungen zu westlichen Banken, Beratern und dergleichen. Armee und Polizei behielten zu großen Teilen ihre Kommandostrukturen. Es stimmt zwar, daß die neue Regierung das alte Hauptquartier der Partei in Warschau zum Sitz der neugegründeten Börse machte, aber die ganze Schicht der Regierungsbeamten, der Richter und Schiedsmänner sowie einige andere konnten in ihren Ämtern bleiben. Die ehemalige Elite wurde im Hinblick auf die neuen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen umgruppiert, aber ihre privilegierte Position war niemals ernstlich gefährdet.

22 Vgl. Financial Times, 12. März 1990.

23 Über Ungarn: Elmer Hankiss, What the Hungarians (Anm. 16); über Polen: Barbara Misztal, Understanding (Anm. 11), S. 465; über Deutschland: Gereth Dale, Class and Conflict in a Social Movement — The East German Revolution of 1989, in: Colin Barker/Paul Kennedy/Mike Tyldesley (Hg.), Alternative Futures and Popular Protest, Department of Sociology, Manchester Metropolitan University 1995, 2 Bde.

Elmer Hankiss beschreibt den gleichen Prozeß für Ungarn: »Als sie in den späten Achtzigern die Möglichkeit entdeckten, ihre Macht in ein neues und effizienteres sozio-ökonomisches System hinüberzuretten, und so Teil einer aufsteigenden, neuen und legitimierten herrschenden Elite, bzw. eines Großbürgertums wurden, verloren sie das Interesse an der Kommunistischen Partei als ihrem Macht- und Schutzinstrument. So ließen sie die Nacht vom 7. Oktober 1989 unbeteiligt vorüberziehen oder beteiligten sich aktiv an der Selbstauflösung der Partei.«[24]

In der DDR und der Tschechoslowakei hatten die Regime einer Wirtschaftsreform und etwaigen Verhandlungen mit der Opposition widerstanden. Solange ihre besondere Beziehung zu Moskau fortdauerte, konnten sie die politischen Kosten ihres Widerstands gegen eine Reform hinausschieben.[25] Doch dann ließen ihre Verbündeten im Kreml sie im Stich. Und als ihre eigenen Sicherheitskräfte es ablehnten, weitere Repressionen auszuüben, brachen die Regime angesichts der großen Demonstrationen schnell zusammen. Rumänien hatte Wirtschaftsreformen abgelehnt und die Wirtschaft zugunsten einer größeren Autarkie zurückgefahren. Der Preis für diese Haltung war hoch. Ceauşescus Fall ging Hand in Hand mit dem Auseinanderfallen der Sicherheitskräfte, die sich einige Tage lang bekämpften. Eine neue Regierungsmannschaft, die sich aus dissidenten Mitgliedern der eigenen Partei zusammensetzte, wartete bereits darauf, die Macht zu ergreifen. Obwohl es in Rumänien am gewalttätigsten zuging, waren die Veränderungen im Regime am geringsten.

Die Regierungen in Osteuropa waren zum Teil schon auf den Wechsel zur Marktwirtschaft vorbereitet. Oft hatten sie die ersten Schritte bereits unternommen und wurden dann von außen gedrängt, diesen Prozeß fortzusetzen und entsprechende politische Änderungen zuzulassen. Sie bezogen sich auf westliche Unternehmen, da ihre wirtschaftliche Situation unbefriedigend war. Die Entwicklungen der achtziger Jahre hatten sie auf einen möglichen politischen Übergang vorbereitet, auch wenn Anstöße von außen und unten nötig waren, diesen tatsächlich zu vollziehen. Diejenigen der alten Eliten, die dem »alten Weg« nicht zu sehr verpflichtet waren, konnten sich nun in der Hoffnung auf Erfolg einem neuen anpassen.

24 Elmer Hankiss, What the Hungarians (Anm. 16), S. 31.
25 Vgl. Judy Batt, Communist Rule (Anm. 12), S. 375–379.

Die Opposition

Die Entscheidung, ob es 1989 zu einem »ausgehandelten Übergang« oder zu einem »Zusammenbruch des Regimes« kam, sieht Daniel Friedheim durch zwei sich gegenseitig beeinflussende Voraussetzungen bestimmt.[26] Der erstgenannte Weg war dort möglich, wo sich der Reformflügel der Partei, der bereits im alten Regime die Vorherrschaft gewonnen hatte, mit organisierten oppositionellen Kräften zusammentat. Zum »Zusammenbruch des Regimes« kam es dort, wo Hardliner dominierten und oppositionelle Entwicklungen unterdrückt worden waren. Ein »ausgehandelter Übergang« konnte nur stattfinden, wenn schon zwei Parteien für potentielle Verhandlungen vorhanden waren. In Polen und Ungarn hatte sich eine »Struktur politischer Möglichkeiten«[27] entwickelt. So konnte die Opposition in diesen Ländern viel eher organisatorische Kompetenz entwickeln, als dies unter reformfeindlichen Regimen möglich gewesen wäre. Paradoxerweise war die Mobilisierung der Bevölkerung dort größer, wo die »Struktur politischer Möglichkeiten« eingeschränkter war.

Diese Argumentation hat einiges für sich, läßt aber auch einige Fragen unbeantwortet. Welche Art von Opposition könnte und würde »verhandeln«, und welche Ideen und Interessen würde sie repräsentieren?

Wir halten zu ihrer Beantwortung wiederum die Theorie des »politischen Prozesses« innerhalb der neueren Theorie sozialer Bewegungen für brauchbar. Charles Tilly, Rod Aya, Sidney Tarrow und andere argumentieren, daß das »Politische zählt« (politics matters). Dem stimmen wir zu.

Ihr Erklärungsansatz legt eine Reihe von Fragen über die Organisation der Opposition und ihre Aktivitäten 1989 nahe: Wer war politisch aktiv (und wer nicht)? Was wurde aus dem modernen »Repertoire der Auseinandersetzung« konkret angewendet?[28] Wie lange hielt der »Zyklus des Protests« an?[29] Wer mobilisierte wen, und in welchem organisatorischen Rahmen? Wer wurde in die oppositionellen Organisationen einbezogen, wer wurde ausgeschlossen?

Die Theorie des »politischen Prozesses« ist dort am schwächsten, wo es um die Bedeutung von Ideen in sozialen Bewegungen geht. Nicht nur Myra Marx Ferree[30] hat kritisiert, daß in ihr rationale Handlungsmodelle, die von der konventionellen Wirtschaftstheorie übernommen wurden, zu sehr be-

26 Daniel V. Friedheim, Bringing Society (Anm. 12).
27 Peter K. Eisinger, The Conditions of Protest Behaviour in American Cities, in: American Political Science Review, 67 (1973), S. 11–28; Sidney Tarrow, Moving Target (Anm. 1).
28 Charles Tilly, Mobilization (Anm. 8).
29 Sidney Tarrow, Moving Target (Anm. 1).
30 Myra Marx Ferree, The Political Context of Rationality — Rational Choice Theory and Resource Mobilization, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Muller (Hg.), Frontiers in Social Movement Theory, Yale University Press 1992.

tont werden. Themen wie »Ideologie«, »Grundmuster«[31] oder »kognitive Praxis«[32] sind erst seit kurzem Gegenstand theoretischer Betrachtung.

Die Theorie des »politischen Prozesses« bildete sich in den sechziger Jahren als eine Reaktion auf Darstellungen heraus, die Protest im wesentlichen als »nicht-rational« behandelten. Demgegenüber wurde nun die Normalität und Rationalität von Protest betont. Oppositionelle Bewegungen mochten ihre besonderen Mittel benutzen, ihr kollektives Handeln konnte dennoch mit den üblichen Begriffen von Interessenwahrnehmung verstanden werden. Diese theoretische Akzentverschiebung war durchaus hilfreich, aber sie lief Gefahr, Rationalität zu eng zu verstehen. Deutlich wird das insbesondere in bezug auf die Bewegungen von 1989. Seit diese die westlichen Sympathien — auch ideologisch — so mühelos gewonnen hatten, zweifelten nur wenige an ihrer inhärenten Rationalität. Aber die berechtigte Freude über das Ende des Stalinismus sollte uns nicht davon abhalten, notwendige Fragen über die demokratische Opposition zu stellen.

Welche Ideen bewegten deren Führer? Gab es Grundmuster,[33] die in diesen Ideen erkennbar waren, und waren sie umkämpft? Gegen was genau nahm die Opposition Stellung? Was suchte sie? War sie sich über ihre Ziele uneins? Und wie kämpfte sie für diese? Welche sozialen Interessen artikulierte sie? Welche nicht? Fragen nach »nicht eingeschlagenen Wegen«[34] sind für Osteuropa von Bedeutung, wenn wir die Ereignisse von 1989 mit früheren Oppositionsbewegungen vergleichen wollen: besonders mit der ungarischen Revolution von 1956 oder der Solidarność in Polen 1980/81.

Diese Fragen legen weitere nahe. Haben sich diese Bewegungen neue institutionelle Formen geschaffen? Haben die Beteiligten soziale und psychologische Veränderungen, eine Veränderung ihrer »Identität« erfahren? Welche neuen Ideen sind entstanden? Waren diese Revolutionen durch die kreativen Prozesse eines »kollektiven Aufbrausens« gekennzeichnet?[35] Welche »Momente des Wahnsinns« gab es?[36] Welche neuen »Kulturen der Solidarität« entstanden?[37]

31 David A. Snow u.a., Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, in: American Sociological Review, (1986), 51, S. 464–481.
32 Ron Eyerman/Andrew Jamison, Social Movements. A Cognitive Approach, London (Polity) 1991.
33 David A. Snow/Robert D. Benford, Master Frames and Cycles of Protest, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Muller (Hg.), Frontiers (Anm. 30).
34 Carl Leiden/Karl M. Schmitt, The Politics of Violence — Revolution in the Modern World, Englewood Cliffs (Prentice Hall) 1968.
35 Emile Durkheim, The Elementary Forms of the Religious Life (1912), übersetzt von Joseph Ward Swain, Collier Books edition 1961.
36 Aristide R. Zolberg, Moments of Madness, in: Politics and Society, (1972), 2, S. 183–207.
37 Rick Fantasia, Cultures of Solidarity — Consciousness, Action and Contemporary American Workers, Berkeley (University of California Press) 1988.

Robert Dix argumentiert, daß 1989 durch »Spontaneität« gekennzeichnet war.[38] Der Begriff ist nicht falsch, aber er führt in die Irre. Es ist wahr, daß es keine ausgebildeten revolutionären Parteien oder gar Armeen gab. Aber politische Kräfte, deren Zusammenhalt und Organisationsgrad sehr unterschiedlich waren, spielten eine entscheidende Rolle bei den Entwicklungen von 1989. Damals mangelte es weder an Köpfen noch an Ideen. Es lassen sich zwei besonders bedeutende Gruppen ausmachen: die »demokratische Intelligenzija« und die städtischen Massen (Arbeiter und Angestellte), die die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Ihre Allianz machte das »Ende des Kommunismus« perfekt. Aber welche Form nahm diese »Allianz« an?

Die demokratische Intelligenzija

Die Führung rekrutierte sich aus den Organisationen und dem intellektuellen Umfeld der Intelligenzija. Auch in der Opposition hatte die osteuropäische Intelligenzija eine politische Bedeutung und ein Bewußtsein ihrer Wichtigkeit, wie es ihre westlichen Kollegen nie erreicht hatten. Ihre Ideen hatten sich in den verschiedenen Ländern in sehr unterschiedlichem Tempo weiterentwickelt.

Während der siebziger Jahre war ihre Kritik »revisionistisch«. Sie akzeptierte den »real-existierenden Sozialismus« und suchte nach Reformen von oben. Die Realität sollte stärker mit den postulierten Idealen in Einklang gebracht werden. Aber die Anziehungskraft dieses Revisionismus wurde während der achtziger Jahre schwächer. Die Intelligenzija wurde wegen des Scheiterns der Kommandowirtschaft immer kritischer und suchte andere Auswege: in der Wiederbelebung klassisch liberaler Themen. Die Überzeugung, daß Freiheit und Markt zusammengehörten, setzte sich durch. Weiter nahm man an, daß das, was im Osten existierte, »Sozialismus« sei, und wünschte sich nun dessen Verdrängung durch den Kapitalismus — vielleicht, mag mancher hoffnungsvoll gedacht haben, einen Kapitalismus »mit menschlichem Antlitz«. Die Art und Weise, wie die Dissidenten den kapitalistischen Markt und seine Gesetze feierten, erinnert ein wenig an die vorherigen stalinistischen Huldigungen des »Sozialismus«. Beide Positionen gingen von der gleichen elitären Annahme aus: Die Intelligenzija weiß, was die Gesellschaft will, und hat nun die Pflicht, diese in die »schöne neue Welt« zu führen.

38 Robert H. Dix, Implications (Anm. 2), S. 237.

Selten feierte die Intelligenzija die Massenbewegungen oder nahm an ihnen teil. Wenn sie es tat — insbesondere in der Phase der Solidarność — hatte ihr Engagement tendenziell immer einen erhaltenden und bürokratisierenden Effekt.[39] Ihre Mitglieder waren notorisch anfällig dafür, das Lob für soziale Innovationen, mit denen sie nichts zu tun hatten, auf ihr Konto zu buchen; und die westlichen Kommentatoren gewährten dieses Lob gewöhnlich gerne.[40]

Mit der Entwicklung ihrer Ideen vom stalinistischen oder revisionistischen »Sozialismus von oben« zur »freien Marktwirtschaft von oben« korrespondierten entsprechende Entwicklungen innerhalb der herrschenden ungarischen und polnischen Parteien. Offizielle und oppositionelle Diskussionen befruchteten sich gegenseitig.

In Polen war das besonders auffallend. Nach 1980 hatten die dissidenten Intellektuellen dort ungeachtet des Militärrechts den höchsten Organisationsgrad und das größte Selbstbewußtsein. Wie David Ost bemerkt, waren die Untergrunddebatten über die Gründe für die Niederlage von Solidarność von der Rechten dominiert.[41] Solidarność, so wurde argumentiert, habe aufgrund ihres »Linkskurses« und der Überbetonung ihres gewerkschaftlichen, an die Arbeiterklasse gebundenen Charakters verloren. Sie sei zu militant gewesen. Konservative Vorstellungen über Arbeiter setzten sich durch und verbanden sich mit offener Feindseligkeit gegenüber Aktivitäten und Belangen der Arbeiterklasse. Die Linken innerhalb von Solidarność waren bemerkenswert still: Ein Grund dafür war, daß sie nichts Schlüssiges zu sagen hatten.[42]

In den Jahren der Illegalität verlor Solidarność ihre Basis in der Arbeiterklasse. Impulse von unten gingen verloren. Sinkende Mitgliederzahlen, die Veränderung der sozialen Zusammensetzung und die Rechtsentwicklung machten aus Solidarność einen geeigneten Partner für eine Übereinkunft mit dem Reformflügel der Partei. Um diese Rolle zu spielen, mußte Solidarność alle radikalen Tendenzen in ihrer Organisation unter Kontrolle bringen. Dazu war sie nicht nur bereit, sie hatte auch die entsprechenden Möglichkei-

39 Zum Beispiel Jacek Kuron/Karol Modzelewski, An Open Letter to the Party (1965), wiederveröffentlicht und mit einer Einleitung von Colin Barker als: Solidarnosc — The Missing Link, London (Bookmarks) 1982 (über die »Oktoberlinke«); Jadwiga Staniszkis, The Evolution of Forms of Working-Class Protest in Poland — Sociological Reflections on the Gdansk-Szczecin Case, in: Soviet Studies, 33 (1981), 2, S. 1–21 und Tadeusz Kowalik, Experts and the Working Group, in: A. Kemp-Welch (Hg.), The Birth of Solidarity, London (Macmillan) 1983 (über 1980); Colin Barker (Hg.), Revolutionary Rehearsals, London (Bookmarks) 1987; David Ost, The Transformation of Solidarity and the Future of Central Europe, in: Telos, (1989), 79, S. 69–94 und ders., The Politics of Interest in Post-Communist East Europe, in: Theory and Society, 22. April 1993, S. 453–486.

40 Vgl. Roman Laba, The Roots of Solidarity — A Political Sociology of Poland's Working-Class Democratization, Princeton (Princeton University Press) 1991 und Lawrence Goodwyn, Breaking the Barrier — The Rise of Solidarity in Poland, New York (Oxford University Press) 1991.

41 Vgl. David Ost, Transformation (Anm. 39).

42 Ebenda.

ten. Die Führung unter Walesa zog der Streikbewegung 1988 die Zähne und schloß ehemalige »Radikale« während der Gespräche am Runden Tisch systematisch vom Entscheidungsprozeß aus. Vor den Wahlen im Juni wurde entschieden, daß ein ausgewähltes »Bürger-Komitee« alle Kandidaten der Solidarność ohne irgendwelche offenen Wahlverfahren bestimmen sollte.[43] Das war der endgültige Niedergang der direkten Demokratie vom August 1980. Oder, wie Walesa es ausgedrückt hat: »Es ist nicht die Straße, von der erwartet wird, daß sie das Problem löst. Das Problem soll um der Straße willen gelöst werden, nicht aber von der Straße selbst«.[44]

Die polnischen Dissidenten traten das Erbe der Revolte und der Organisationen der Arbeiterklasse an. In Polen war die Verbindung zwischen Intelligenzija und Arbeiterbewegung traditionell eng; noch 1989 setzte sich allerdings die Position einer Verherrlichung des Marktes durch. Auch für die anderen osteuropäischen Staaten gilt, je organisierter und unabhängiger die Intelligenzija, desto radikaler war der Umschwung.

Das Volk

Unzweifelhaft hieß die Mehrheit der Bevölkerung den Fall des Einparteiregimes gut. Aber die Rolle, die diese Mehrheit spielte, war komplexer, als die meisten Kommentatoren meinen.

In Polen waren die beiden Streikwellen vom April und August 1988 dafür verantwortlich, daß das Regime und Solidarność miteinander verhandelten. Solidarność hatte zu diesen Streiks nicht aufgerufen, auch wenn Walesa weiterhin die Autorität hatte, sie zu beenden. Danach spielten Streiks und Demonstrationen kaum noch eine Rolle im politischen Prozeß. Alles, was die Bevölkerung praktisch tun mußte, war, sich die Gespräche im Fernsehen anzusehen und dann bei den Wahlen im Juni für die Liste der Solidarność zu votieren.

In Ungarn wurde der »ausgehandelte Übergang« mit noch weniger Mobilisierung der Öffentlichkeit erreicht. Die wenigen Demonstrationen, die stattfanden, genossen einen halboffiziellen Segen. Die ungarische »Revolution« war, was die Mehrheit der Bevölkerung betraf, größtenteils ein »Medienereignis«, wie Timothy Garton Ash bemerkte.[45] Sie wurde nie zu Aktionen aufgerufen. (Es gibt eine interessante Parallele zu der Watergate-Affäre in

43 Vgl. Lawrence Goodwyn, Rise of Solidarity (Anm. 40).
44 Zitiert nach Mike Haynes, Class Recomposition (Anm. 18), S. 5.
45 Timothy Garton Ash, We are (Anm. 13).

den USA: ein Medienereignis mit einer gegebenen liberal-konservativen Auslegung, die linke Interpretationen ausschloß).[46]

In der DDR, der Tschechoslowakei und in Rumänien war es allerdings anders. Hier wurden die Demonstrationen auf den Straßen immer größer. Die Massenproteste in Leipzig, Berlin und Prag beschworen möglicherweise den Kollaps der Regime herauf. In Rumänien fanden tatsächlich einige Tage lang Straßenkämpfe statt.

Was bei den Revolutionen 1989 durchgehend fehlte, waren eigenständige Kampfformen der Arbeiterklasse. In der DDR wurden auf den riesigen Demonstrationen auch militante und eher der Arbeiterklasse zuzurechnende Forderungen laut, die sich gegen die eher gemäßigte Führung der dissidenten Intelligenzija richteten, aber sie fanden nie einen organisatorischen Ausdruck.[47] In der Tschechoslowakei gab es einen zweistündigen Generalstreik, aber er war eher eine Feier des Sieges über die Regierung, als ein Moment des Widerstands oder der Massenmobilisierung. Sofern es zu Massenmobilisierung kam, fand sie »klassenübergreifend« oder »populistisch« in Gestalt von Straßendemonstrationen (in Bukarest als Straßenkampf) statt, eine verhältnismäßig »anonyme« Form des Protests, aus der nur wenig Organisiertes entstehen konnte. Die Demonstrationen gingen so schnell auseinander, wie sie sich gebildet hatten. Gewiß nahm, besonders in der DDR, eine große Zahl von Arbeitern an den verschiedenen Demonstrationen teil, aber immer nur als einzelne oder in kleinen Gruppen.

1989 war auch durch die »Abwesenheit« bestimmter unabhängiger Basisorganisationen gekennzeichnet: Es entstanden keine Streikkomitees, keine Bauern- oder Arbeiterräte, um spezifische Klassenforderungen aufzustellen. 1989 gab es nichts, was mit den Arbeiterräten und Bürgerkomitees der Revolution in Ungarn 1956 oder den fabrikübergreifenden Streikräten bei der Entstehung der Solidarność in Polen 1980 vergleichbar wäre.

Insbesondere wurden keine spezifisch »sozialen« Forderungen der verschiedenen sozialen Gruppen aufgestellt. Und es gab keine Spaltung über die Frage, wie gemäßigt oder radikal politisch vorgegangen werden sollte.

Jürgen Habermas, François Furet, James Petras und andere haben auch auf eine bemerkenswerte Abwesenheit »neuer Ideen« in der 89er-Revolution hingewiesen. Dieses Fehlen von neuen Ideen ist von der nur kurzen Beteiligung größerer Bevölkerungsgruppen — bzw. ihrer Nichtbeteiligung in Polen und Ungarn — im Prozeß des Regimewechsels nicht zu trennen. Die Masse

46 Vgl. Jeffrey C. Alexander, Culture and Political Crisis — »Watergate« and Durkheimian Sociology, in: Jeffrey C. Alexander (Hg.), Durkheimian Sociology — Cultural Studies, Cambridge University Press 1988.

47 Vgl. Gareth Dale, Unveröffentlichte Dissertation über die 1989er Revolution in Ost-Deutschland, o.J.

der Bevölkerung in diesen Ländern war nicht aktiv an der Revolution beteiligt. Es war nicht nur die erste »Fernseh-Revolution«, sondern auch die erste »Revolution der Fernsehzuschauer«. Denn es gab nur wenige Erfahrungen, die das Selbstverständnis so veränderten, wie man es gemeinhin in revolutionären Situationen feststellen kann.

Theoretische Erklärungen

Eine theoretisch begründete Darstellung der Revolutionen von 1989 muß in der Lage sein, alles in allem drei Schlüsselfragen zu beantworten. 1. Warum haben die alten Regime so leicht kapituliert? 2. Welche aussagekräftigen Vergleiche können mit anderen, neueren Fällen von »ausgehandeltem Übergang« und Volksrevolutionen gezogen werden? 3. Wie sollen wir die Revolutionen von 1989 benennen, und welche allgemeinen Merkmale haben sie mit den Revolutionen der Vergangenheit gemein?

Eine recht populäre Darstellung erweist sich als wenig hilfreich: das Märchen von der »Welle der Freiheit«[48] oder von 1989 als »dem Jahr der Bürger, dem Jahr der Zivilgesellschaft, dem Jahr der Macht der Machtlosen, dem Jahr des Sieges derer, die sich entschieden hatten, mit der Wahrheit zu leben«.[49] Diese poetischen Umschreibungen ignorieren einfach zu viele empirische Fakten.

Ein ernsthafter Erklärungsversuch verdankt sich dem ungewöhnlichen Zusammentreffen von Modernisierungstheorien, den jüngeren Theorien der Zivilgesellschaft und, noch exotischer, der Postmoderne.

Die Modernisierungstheorie ist wesentlich eine »beschreibende Theorie paralleler Prozesse«,[50] die durch eine Teleologie des liberalen Pluralismus gestützt wird. Für Rudolf Andorka beinhaltet Modernisierung fünf sich wechselseitig verstärkende Entwicklungen: Industrialisierung, steigender Lebensstandard, ein System sozialer Sicherungen, Demokratisierung und das Aufkommen bürgerlicher, die Marktwirtschaft begünstigender Werte. Manche Theoretiker sehen, nicht selten auf recht deterministische Weise, eine kausale Beziehung zwischen industrieller Entwicklung und Pluralismus. So zum Beispiel Andrew Janos: »Die technologische Innovation, einschließlich

48 J. F. Brown, Surge to Freedom — The End of Communist Rule in Eastern Europe, London (Adamantine Press) 1991.

49 F. A. M. Alting von Geusau, The Spirit of 1989 — Europe in the Threshold of a new Era?, in: History of European Ideas, 15 (1992), 1–3, S. 3–14, das Zitat befindet sich auf Seite 4.

50 Rudolf Andorka, The Socialist System and its Collapse in Hungary — An Interpretation in Terms of Modernisation Theory, in: International Sociology, 8 (1993), 3, S. 317–337, das Zitat befindet sich auf S. 320.

ihrer Wirkung auf Vorstellungen, Strukturen und soziale Güter, repräsentiert den einzigen logischen Punkt, von dem in einer Untersuchung sowohl des Kommunismus als auch der Dynamik des politischen Wechsels innerhalb der umfassenderen Landschaft der modernen Welt ausgegangen werden kann«.[51] Andere verstehen unter Modernisierung einen inhärent widersprüchlichen Prozeß. Eisenstadt, um nur ein Beispiel zu nennen, sieht den Prozeß in Osteuropa als Konflikt zwischen zwei konkurrierenden Impulsen von »Moderne«: der autoritären, »jakobinischen« Form und den »eher pluralistischen Elementen der Moderne«. Die Umwälzungen von 1989 »waren Rebellionen gegen bestimmte Typen der Modernität, die in der Praxis andere, eher pluralistische Elemente der Moderne ausschlossen ... Rebellionen gegen ein falsches Bild der Moderne, eine fehlerhafte Interpretation der Moderne«.[52] Wie auch immer: Wenige würden bestreiten, daß das Ziel der Modernisierung die Schaffung einer »offenen Gesellschaft [ist], in welcher deren Mitglieder eine große Auswahl an Möglichkeiten in bezug auf ihren Konsum, ihre Art zu leben und die politischen Alternativen haben«.[53]

Es gibt eine Problematik für diese wiederbelebte Modernisierungstheorie der neunziger Jahre, die in den fünfziger Jahren noch unbekannt war. Sehr wenige westliche Länder werden nämlich den Standards, die Andorka vorgeschlagen hat, gerecht: weder in bezug auf die wirtschaftlichen noch auf die politischen Bedingungen. In der vergangenen Dekade verzeichneten alle entwickelten kapitalistischen Länder industriellen Niedergang und einen stagnierenden oder fallenden Lebensstandard. In den USA und Großbritannien zum Beispiel ist die relative soziale Ungleichheit gewachsen und der Sozialstaat von rechten und linken Regierungen gleichermaßen angegriffen worden. Selbst das so gepriesene schwedische Modell großen industriellen Wachstums und hoher Sozialausgaben ist in eine Krise geraten. Als Theorie der materiellen Bedingungen der »modernen« Gesellschaft bleibt die Modernisierungstheorie oft merkwürdig blind gegenüber der empirischen Wirklichkeit.

Der Optimismus der Modernisierungstheorie scheint nicht nur für die Politik, sondern auch für die bürgerlichen Tugenden deplaziert zu sein. In vielen westlichen Demokratien gibt es Politikverdrossenheit. Traditionelle Parteien mußten mitansehen, wie ihnen die Basis wegbröckelt; die Wähler-

51 Andrew C. Janos, Social Science, Communism and the Dynamics of Political Change, in: World Politics, (1991), 44, S. 81–112, das Zitat befindet sich auf Seite 104.

52 S. N. Eisenstadt, The Breakdown of Communist Regimes and the Vicissitudes of Modernity, in: Daedalus, (1992), 121, S. 21–41, besonders S. 34; auch Barbara Misztal, Understanding (Anm. 11) Andrew C. Janos, Social Science (Anm. 51).

53 Rudolf Andorka, The Socialist System (Anm. 50), S. 320; vgl. auch Christopher G. A. Bryant/Edmund Mokrzycki (Hg.), The New Great Transformation: Change and Continuity in East-Central Europe, London (Routledge) 1994, S. 71–72.

schaft entfremdet sich von den Parteien und Institutionen und sieht diese immer häufiger als Refugien der (oftmals korrupten) Eliten an. Die traditionellen Parteien der Rechten wie der Linken sind meistens nicht zusammengebrochen, sondern haben versucht, neue, aber insgesamt politisch rechtere Positionen zu entwickeln. Die Politikverdrossenheit hat sich auch in dem Aufkommen rechtsradikaler und, in Italien, neofaschistischer Bewegungen bemerkbar gemacht. Auf der anderen Seite hat die tiefe wirtschaftliche Krise ein Wiederaufleben des Klassenkampfes in einem Ausmaß provoziert, wie man es in den letzten fünfundzwanzig Jahren nicht mehr kannte.[54] Und was die USA angeht, ist weniger von einer stabilen und integrierenden »modernen« Staatsform zu reden als vielmehr von einer von Drogen, Kriminalität und Armut gebeutelten Gesellschaft. Eine Meinungsumfrage von 1994 belegt, daß 60 Prozent der Amerikaner und Amerikanerinnen der Ansicht sind, daß alle nationalen politischen Führungskräfte ersetzt werden sollten.[55] Auch die »Neue Weltordnung« ist kaum ein Trost für diejenigen, die 1989 als Signal für das »Ende der Geschichte« und den Triumph des liberalen Kapitalismus nahmen. Denn das Gegenteil scheint zu stimmen: Der Zusammenbruch des »Kommunismus« hat gemeinsam mit der größten Rezession seit den dreißiger Jahren eine neue Ära der Instabilität und Krise hervorgebracht, die auch den Westen betrifft und auf die die Modernisierungstheorie wenig Antworten hat.

Und was die »bürgerlichen Tugenden« betrifft: Können diese gegen den marktwirtschaftlichen Kapitalismus gestärkt werden? Der moderne Liberalismus wies Hobbes Lösung des »Kriegs aller gegen alle« zurück und hoffte, daß die bürgerlichen Tugenden von der Familie, der Kirche und der Schule gestützt würden. Aber diese informellen und institutionalisierten Verteidiger der bürgerlichen Tugenden sind im Kapitalismus des späten zwanzigsten Jahrhunderts einer wachsenden Belastung ausgesetzt. Der Verfall der Familie, der Nachbarschaft und der Gemeinde als vermittelnde Institutionen (und Kontrollinstanzen) läßt den Liberalismus zu der Hobbesschen Lösung des starken Staates und der umfassenden Kontrolle zurückkehren. Das Fehlen eines »selbstverständlichen, öffentlichen Vertrauens« hat der »Militarisierung des Stadtlebens« den Weg bereitet — es entstand unter anderem die »Festung Los Angeles«.[56]

Die blinden Flecken der Modernisierungstheorie haben mit der unkritischen Sicht von 1989 als dem Produkt einer Sehnsucht nach der »Zivilgesellschaft« zu tun. Dieses Thema, das unter den dissidenten osteuropäischen In-

54 Vgl. Alex Callinicos, Revenge (Anm. 15).
55 Vgl. Toronto Globe and Mail, 21. September 1994.
56 Mike Davis, City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles, London/New York 1990.

tellektuellen weit verbreitet war, fand im Westen einiges Echo. Für Havel und andere führende Intellektuelle der Opposition war die »Zivilgesellschaft« mit der Idee einer »vereinigenden Demokratie« und den Bürgerrechten verknüpft. Der Stalinismus hatte in Osteuropa die weitere Entwicklung bürgerlicher Organisationen beendet. Die bürgerliche Gesellschaft wurde vom Staat vereinnahmt, das soziale Leben atomisierte und fragmentierte sich. Die Individuen zogen sich in die Privatsphäre zurück; einige flohen vor der Entfremdung in Alkoholismus oder brachten sich um.[57] Die Erneuerung der »Zivilgesellschaft« galt als Gegengift. Aber anscheinend haben sich nur wenige gefragt, warum die augenscheinlich so erfolgreichen Zivilgesellschaften des Westens die gleiche Atomisierung und Entfremdung aufwiesen. Die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs »Zivilgesellschaft« wurden einfach ignoriert,[58] insbesondere die in der klassischen politischen Ökonomie: als Sphäre der Marktkonkurrenz unter der Hegemonie des Kapitals. Der Begriff »Zivilgesellschaft« ist mehrdeutig: Wenn er sich auf eine Gesellschaft bezieht, in der »Selbstorganisation bejaht wird, die Abhängigkeit der Bürger vom Staat abgelehnt«[59] und das Recht des einzelnen betont wird, bedeutet dies, mit dem Sozialstaat ebenso wie mit der Koalitionsfreiheit zu brechen. Bedeutet dies, das Gesetz der blinden Marktkräfte an die Stelle überzogener staatlicher Kontrolle zu setzen? Ist die »Selbstorganisation der Gesellschaft« mit einem staatlichen Verbot gewerkschaftlicher Aktivitäten vereinbar und bis zu welchem Grad? Die Forderung nach der »Zivilgesellschaft« hat selbst keine Antworten auf solche Fragen, obwohl sie eine zunehmend unkritische Haltung von Intellektuellen gegenüber den kapitalistischen Institutionen deutlich macht.

David Ost hat die Wurzeln dieser Debatte, die in die immer reformistischer werdende Theorie und Praxis von Solidarność mündete, bis in die Jahre 1980/81 zurückverfolgt. Die Führung von Solidarność, so Ost, favorisierte zunehmend eine korporatistische Lösung, die den Staat intakt ließ, aber Solidarność ihre Unabhängigkeit belassen sollte. Das dabei entstehende Konzept der »Zivilgesellschaft« ließ wenig Raum, die tatsächlichen Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen wahrzunehmen. Solidarność war bereit, so Ost, »die Partei bei ihrem Versuch, die entstehende soziale Revolution einzuschränken und die Kontrolle des Staates aufrechtzu-

57 Vgl. Elmer Hankiss, What the Hungarians (Anm. 16), S. 20.
58 Vgl. Krishan Kumar, The Revolutions of 1989 — Socialism, Capitalism and Democracy, in: Theory and Society, (1992), 21, S. 309–356, besonders S. 328.
59 Christopher G. A. Bryant, Economic Utopianism and Sociological Realism — Strategies for Transformation in East Central Europe, in: Christopher G. A. Bryant/Edmund Mokrzycki (Hg.), The New Great Transformation (Anm. 53), S. 58–77, besonders S. 71.

erhalten, zu unterstützen«.[60] Ende der achtziger Jahre hatte sich das Denken der Intellektuellen von Solidarność so verändert, daß es von dem der Kommunistischen Partei nicht mehr zu unterscheiden war. Für beide, Partei und Opposition, wurde der Übergang zur Marktwirtschaft zur einzig möglichen Lösung für die polnische Wirtschaft. 1990 zeichneten die führenden Vertreter der ehemaligen Arbeiterorganisation Solidarność für eine »Schocktherapie« der polnischen Gesellschaft verantwortlich, die die Arbeitslosigkeit in die Höhe trieb und den Lebensstandard sinken ließ. Maurice Glasman hat dies so zusammengefaßt: »Es war kein Verrat, keine Korruption oder etwa eine Schwäche, die Solidarność dazu gebracht haben, die Politik zu vertreten, die sie 1990 vertrat, sondern allein die Unfähigkeit, mit den orthodoxen Paradigmen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fortschritts zu konkurrieren, die sich in den internationalen Organisationen der politischen und wirtschaftlichen Regulierung durchgesetzt hatten.«[61]

Einige Kommentatoren im Westen verstanden diesen Wunsch nach einer »Zivilgesellschaft« als Zeichen für etwas anderes: nämlich für die umfassendere Gültigkeit »post-materialistischer Werte« in der Gesellschaft.[62] Eisenstadt behauptet, daß die Gründe für das Zusammenbrechen der osteuropäischen Regime auch politische Effekte produzierten, die eine »ziemlich interessante Parallele ... in bezug auf Entwicklungen aufweisen, die oftmals unter dem Etikett ‹post-modern› zusammengefaßt werden«.[63] Andere Theoretiker führten die Sprache der Postmoderne und den Begriff »Zivilgesellschaft« ins Feld, um sowohl das begrenzte ideologische Repertoire der Intellektuellen (den Mangel an »neuen Ideen«) als auch den eher politischen als klassenkämpferischen Charakter der Revolutionen herauszuarbeiten. Aufgrund seiner Annahmen über grundlegende Veränderungen in der Sozialstruktur der Spät- oder Postmoderne und des Charakters der osteuropäischen Revolutionen wagte Robert H. Dix eine Voraussage. 1989 zeige, daß alle zukünftigen Revolutionen in den industriellen Gesellschaften anders sein würden. Sie seien keine »Revolutionen aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit«, sondern basierten eher auf »der Intelligenzija und ihren post-materialistischen Belangen als auf der Landbevölkerung oder dem Proletariat«.[64]

Was hat es mit dieser Aussage, die Revolutionen von 1989 seien im gewissen Sinne »post-materialistisch«, auf sich? Der revolutionäre Prozeß in der

60 David Ost, Transformation (Anm. 39), S. 165.
61 Maurice Glasman, The Great Deformation — Polanyi, Poland and the Terrors of Planned Spontaneity, in: Christopher G. A. Bryant/Edmund Mokrzycki, The New Great Transformation (Anm. 53), S. 191–217, das Zitat befindet sich auf Seite 212.
62 Robert H. Dix, Implications (Anm. 2), S. 234; Zygmunt Bauman, Living Without an Alternative, in: Political Quaterly, (1991), 62, S. 35–44.
63 S. N. Eisenstadt, Breakdown (Anm. 52), S. 34.
64 Robert H. Dix, Implications (Anm. 2), S. 235f.

DDR zog sich länger als andernorts hin, so daß die Teilnehmer der riesigen Demonstrationen Zeit genug hatten, ihre eigenen Slogans zu entwickeln. »Post-materialistische« Forderungen kamen so gut wie gar nicht auf, allerdings wurden ausreichender Konsum und Reisefreiheit gefordert. Wie auch immer, die dissidente Intelligenzija des Neuen Forums distanzierte sich von diesen Forderungen und damit von der Massenbewegung auf den Straßen. So verloren sie die Fähigkeit, die Führung zu übernehmen.[65] Andernorts waren die Forderungen der Bevölkerung, abgesehen von dem Wunsch, die alten Einparteiregime zu ersetzen, weniger klar. Doch die meisten hofften auf ein besseres Leben und faßten dies gleichermaßen in materialistische wie »politische« Begriffe. Sie sollten schnell enttäuscht werden.

Das »post-materialistische« Anliegen »Zivilgesellschaft«, das die Intelligenzija formulierte, war als Vision eines sozialen Wandels wissentlich auf sich selbst begrenzt und elitär. Ihre Vertreter fragten sich kaum einmal, wer dieses neue Reich der Freiheit zum Leben erwecken sollte. Man sprach vage über Ziele der »politischen Vordenker«, aber ohne genauer zu sagen, wer die Politik denn machen sollte. Die meisten osteuropäischen Intellektuellen hatten wenig Zweifel, aber viele Illusionen über das »Wie« und »Wer«: Der Markt würde die Rahmenbedingungen erzeugen, die »die sozialen Rechte der Bürger sichern«, und ein wiedererstarktes Kleinbürgertum — »die traditionellen Träger der liberalen Werte, kleine Geschäftsleute und Angehörige der Mittelklasse«[66] — würde die soziale Kraft sein, die diese neue »Zivilgesellschaft« festigte. Wenn diese Kraft bis jetzt noch nicht existierte, müßte sie geschaffen beziehungsweise die Bedingungen für ihre Entwicklung müßten hergestellt werden. Nur der IWF und westliche Berater könnten dabei helfen. Die Mehrheit der Bevölkerung war für die Rolle des Zuschauers bei ihrer eigenen Befreiung bestimmt.

In einigen Ländern war die Beteiligung der Bevölkerung an den Kämpfen einfach gering, in anderen wurde nie eine selbständige Organisierung erreicht. Es entstanden keine bleibenden Institutionen der Gegenmacht. Aber es ist offenbar niemand auf die Idee gekommen, daß dies der Schwäche der »Zivilgesellschaft« in der folgenden Periode geschuldet sein könnte. Die Vernarrtheit in eine »Demokratie ohne Adjektive«[67] stellte sich nach den unmittelbaren Revolutionsereignissen als intellektueller Selbstbetrug heraus.

65 Vgl. Gereth Dale, Class and Conflict (Anm. 23); vgl. auch Dirk Philipsen, We Were the People — Voices from East Germanys Revolutionary Autumn of 1989, Durham (Duke University Press) 1993.

66 Petr Mares/Libor Musil/Ladislav Rabusic, Values and the Welfare State in Czechoslovakia, in: Christopher G. A. Bryant/Edmund Mokrzycki, The New Great Transformation (Anm. 53), S. 78–98, das Zitat befindet sich auf Seite 85.

67 James Petras, Eastern Europe — Restoration and Crisis, in: Journal of Contemporary Asia, 21. März 1991, S. 301–326.

Kaum hatte sich die habgierige Seite der »Zivilgesellschaft« gezeigt, suchte die neue intellektuelle Elite in Verleumdungen Zuflucht: Das Volk wisse die Wohltaten der Demokratie nicht zu schätzen[68] und habe kein Verständnis für die ökonomischen Notwendigkeiten einer »post-materialistischen« Politik. Die »Anti-Politik« der »Zivilgesellschaft« hat sich selbst als ein reformistisches Projekt von oben entlarvt und als ein wenig praktikables noch dazu: »Sie war zu abgehoben, um ein Konzept für die praktischen Probleme des Alltags zu haben«.[69]

Daß so viele Theoretiker den Diskurs der »Zivilgesellschaft« für bare Münze genommen haben, zeigt wie sehr ihre eigene vorgefaßte Meinung über den politischen und sozialen Wechsel zu den Vorstellungen der oppositionellen Führer paßte. Aber Identifizierung ist noch keine Erklärung. Im besten Falle deckt sie auf, wie einige Beteiligte ihre eigenen Handlungen interpretieren. Im schlimmsten Falle blendet sie Erfahrungen aus, die andere politische Möglichkeiten nach sich ziehen könnten.

Die Modernisierungstheorie hat immer unter einer schwachen Kapitalismustheorie gelitten. Begriffe wie »industrielle Gesellschaft« und »Moderne« sagen wenig über die Kräfte historischer Entwicklungen aus. Ihre »Stufen des Wachstums« beruhen auf einem offensichtlichen technologischen Determinismus. Aber die Geschichte des Kapitalismus ist kein linearer Prozeß einer technologisch gesteuerten »Modernisierung«. Der Weg kapitalistischer Entwicklung war ausgesprochen uneben. Wirtschaftliche und politische Konkurrenz führen dazu, daß einige Staaten zurückfallen, während sich andere vorwärtsbewegen. »Wirtschaftliche Modernisierung« ist keine Sache des »Ein-für-allemal«. Die Länder des Ostblocks sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie der internationale Konkurrenzdruck wirtschaftliches Scheitern zur Folge haben kann. Wenn man die politischen Veränderungen von 1989 nur von den technologischen Erfordernissen ableitet, kann man nicht verstehen, warum diese Länder in die Krise geraten sind. Wenn sich, wie die Modernisierungstheoretiker behaupten, ein Prozeß der »Annäherung« zwischen Ost und West vollzogen hat, dann liegen dessen Wurzeln nicht in der Technologie, sondern im weltweiten Konkurrenzdruck.

Viele Autoren haben die hohen Rüstungsausgaben in den osteuropäischen Ländern angesprochen und festgestellt, daß das Wettrüsten die Möglichkeiten der Regime einschränkte, die grundlegenden wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen.[70] Politisch-militärischer Wett-

68 Vgl. James Petras, Retreat (Anm. 5), S. 2153; David Ost, Politics of Interest (Anm. 39), S. 455 und 481; Maurice Glasman, The Great Deformation (Anm. 61).
69 Krishan Kumar, The Revolutions (Anm. 58), S. 333.
70 Vgl. Andrew C. Janos, Social Science (Anm. 51), S. 94–110; Barbara Misztal, Understanding (Anm. 12), S. 462f.

bewerb beherrschte das ursprüngliche stalinistische Autarkiemodell. Die Steuerung der Akkumulation richtete sich nach der Nachfrage des Staates nach militärischen Gütern. Aber die weltweiten Bedingungen für das Wettrüsten veränderten sich: weg von einfacher Massenproduktion — zur gleichen Zeit wuchsen die Kosten für die wirtschaftliche Autarkie innerhalb einer zunehmend voneinander abhängiger werdenden Weltwirtschaft. Marktdominierte Formen der Konkurrenz gewannen an Bedeutung und mit ihnen wuchs der Zwang, komplexe Verfahren der Produktivitätssteigerung zu übernehmen. Weiteres Wachstum hing nun zunehmend von »intensiven« und nicht wie bisher von »extensiven« Faktoren ab. Stockendes Wachstum, zunehmende wirtschaftliche Integration in den Weltmarkt und das internationale Kapital sorgten zusammen dafür, daß sich die Kontrollfunktion der Partei auflöste und neu aufgebaut wurde. Unterschiedliche »Interessen« wurden artikuliert. Es gab keine ideologische Übereinstimmung mehr in den herrschenden Kreisen. Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise konnten Teile der Elite offener über neue politische Modelle nachdenken. Andere schafften durch nationale und internationale »Geschäfte in der Schattenwirtschaft« Geld auf die Seite. Ihr Hauptinteresse lag in der »Überführung politischer in wirtschaftliche Macht«.[71] »Kommunismus« war für viele zu einem gefühlsseligen Ärgernis geworden. Besonders in Osteuropa, wo wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zum Westen schon immer weiter entwickelt waren als in der UdSSR, paßten sich der Konsum und auch der politische Geschmack der herrschenden Klasse zunehmend den Standards auf der anderen Seite der politischen Systemgrenze an: Die meisten konnten darauf hoffen, den Sprung in ein neues, staatsferneres Akkumulationsmodell zu schaffen.

Die Nomenklatura hatte sich auf ein Ausweichmanöver vorbereitet, um wirtschaftliche und politische Machtpositionen einzunehmen, ganz gleich wie die neue Ordnung aussehen würde. Elmer Hankiss faßt zusammen: »Die alte Oligarchie des *Ancien régime* hatte Mittel und Wege gefunden, ungeschoren davonzukommen, sie rettete sich und einen Teil ihrer Macht und ihres Prestiges auf eine Weise, daß sie auch im neuen System weitermachen konnte«.[72] Seit 1989 schritt das »Wahlrecht für die Nomenklatura« rasch voran.[73] Ganze Teile der alten herrschenden Klasse, besonders in Polen und Ungarn, sind völlig schmerzlos in einflußreiche Stellen gewechselt, sei es in den privatisierten Firmen, sei es in den osteuropäischen Niederlassungen westlicher multinationaler Konzerne.

71 Barbara Misztal, Understanding (Anm. 12), S. 464.
72 Elmer Hankiss, What the Hungarians (Anm. 16), S. 31.
73 Barbara Misztal, Understanding (Anm. 12), S. 465.

Aber wenn der reale Prozeß ein »Ausweichen« von einem staatlich-dirigistischen System zu einer, wenn man so möchte, »Mischwirtschaft« war, dann ist doch zu fragen: War der Übergang 1989 ein qualitativer Wechsel von Systemen — vom Kommunismus zum Kapitalismus —, oder ist er nicht angemessener als Bewegung von einer Form des Kapitalismus zu einer anderen beschrieben?[74]

In dieser Perspektive war »Kommunismus« nur die vollständigste Form staatlicher Kontrolle der Akkumulation des Kapitals. Der Staat war beides: der Mechanismus, durch den die Produktion organisiert wurde, und der Aneigner des Mehrwerts. Er war die Schaltstelle der Konkurrenz mit anderen herrschenden Klassen. Für die Ostblockstaaten war dieser Wettbewerb zuallererst militärisch, schloß aber zunehmend den Wettbewerb des Marktes mit ein.

Oft genug wurden Grad und Umfang der Verstrickung des Staates in die westlichen Ökonomien unterschätzt. »In Wirklichkeit existieren weder reine Marktwirtschaften noch rein zentralistisch gesteuerte Ökonomien. Sie weichen nicht nur unweigerlich vom Idealbild ab, sondern sind auch notwendigerweise gemischt.«[75] Trotz einer Reihe von rechtsgerichteten Regierungen ist der prozentuale Anteil staatlicher Wirtschaftsaktivitäten am Bruttosozialprodukt im Westen in den achtziger Jahren kontinuierlich gewachsen. Und auch wenn Osteuropa in Friedenszeiten den größten Umfang staatlicher Kontrolle hatte, ist es so, daß, »wenn wir alle Ökonomien der Welt auf einer Skala staatlicher Kontrolle von null bis hundert Prozent erfaßten, sich alle Ökonomien im mittleren dritten Viertel befänden«.[76]

Die Ereignisse von 1989 erscheinen so in einem ganz anderen Licht. Im zwanzigsten Jahrhundert sind, wie schon Bucharin bemerkte, in der Weltwirtschaft hauptsächlich zwei Tendenzen auszumachen.[77] Die eine ist die umfassendere Internationalisierung, die Integration der Nationalökonomien in die Weltwirtschaft. Die andere Tendenz fördert eine stärkere Nationalisierung und einen höheren Grad von Staatsintervention. Kurz gesagt, beide Tendenzen wirkten immer gleichzeitig. Allerdings dominierte die Nationalisierung von den dreißiger bis in die sechziger Jahre. Alle großen Staaten haben den Umfang ihrer wirtschaftlichen Eingriffe seitdem erhöht. Die weltweite Konkurrenz führte dazu, daß wirtschaftlich schwache Staaten bei

74 Vgl. Alex Callinicos, Revenge (Anm. 15).
75 Michael Ellman, Socialist Planning, London (Cambridge University Press) ^{2}1988, zitiert in: Ramnath Narayanswamy, Causes and Consequences of the East European Revolutions of 1989, in: Economic and Political Weekly, 15. Januar 1992, S. 365–371.
76 Michael Haynes, Class and Crisis — the Transition in Eastern Europe, in: International Socialism, (1992), 54, S. 45–104, das Zitat steht auf Seite 56.
77 Vgl. Nikolai Bucharin, Imperialism and World Economy (1915), London (Merlin) 1972.

ihren Industrialisierungsbemühungen auf die Staatsmacht als Lokomotive der Kapitalakkumulation setzten. Oftmals versuchten sie dabei, sich vom Weltmarkt abzuschotten. Die osteuropäischen Staaten sind nur eine Variante dieses Modells.

In den sechziger Jahren begann sich die Balance der Weltwirtschaft zu verschieben. Mit dem Einsetzen einer tiefen wirtschaftlichen Krise wurde der Internationalisierungs- und Integrationsdruck nun stärker. Die Staaten und Kapitaleigner versuchten, die Auswirkungen dieser Krise wettzumachen, indem sie neue Märkte, neue Technologien und neue Quellen billiger Arbeit erschlossen. Die neuen Zentren in Asien und Teilen Lateinamerikas waren für diese »Internationalisierung des Kapitals« symptomatisch.

Die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft blieb schwach. Die Handelsverbindungen waren begrenzt. Obwohl einige westliche multinationale Konzerne während der sechziger und siebziger Jahre hier und da Joint Ventures eingegangen sind, blieb ihre Präsenz unbedeutend. Dementsprechend gering war auch der Vorteil, den die Staaten aus den technologischen Verbesserungen, die sich aus der weltweiten Spezialisierung ergaben, ziehen konnten. Mehr noch: Nach Jahrzehnten des Wettrüstens mit dem Westen hatten sie einen ausgesprochen asymmetrisch entwickelten industriellen Sektor. Die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft stellten sich in den Ostblock-Ökonomien besonders deutlich dar. Eine politische Veränderung wurde immer dringender.

Diese »wirtschaftlichen« Überlegungen sind gewiß keine ausreichende Erklärung für die Revolutionen von 1989. Auf den westlichen Wirtschaften lastete der gleiche wirtschaftliche Druck, doch bis jetzt blieben sie von größeren sozialen Erschütterungen verschont. Oder, genauer gesagt: einige blieben verschont. In einer Anzahl europäischer Länder und anderswo haben ähnliche Veränderungen der Regierungsformen stattgefunden, sowohl durch spontane Erhebungen des Volkes als auch durch »ausgehandelte Übergänge«.

Mitte der siebziger Jahre ging das Ende der Diktatur in Portugal mit einem revolutionären Aufstand einher, insbesondere mit Kämpfen der Arbeiterklasse in einem Ausmaß, wie es sie im Westen seit den dreißiger Jahren nicht mehr gegeben hatte. In Spanien, um ein anderes Beispiel zu nennen, war der Übergang nach Francos Tod weniger turbulent. In Brasilien, Argentinien und Chile haben Übergänge von Militär- zu Zivilregierungen stattgefunden, ohne daß es zu einem Aufstand des Volkes gekommen ist. Auf der anderen Seite hat die Tatsache, daß die USA dem Marcos-Regime die Unterstützung entzogen haben, auf den Philippinen eine politische Revolution ausgelöst — vergleichbar mit dem Entzug der Unterstützung durch Gorbatschow, der so

Honecker und Jakes schwächte. All diese Beispiele, die niemand diskutiert, sind Fälle von Veränderungen der Regierungsformen *innerhalb* des Kapitalismus. Was immer die Besonderheiten von 1989 in Osteuropa gewesen sein mögen, die Unterschiede scheinen eher graduell als grundsätzlich zu sein. Die osteuropäischen Revolutionen lassen sich in diesem Sinne als »bürgerliche Revolutionen« verstehen.

Wenn man unter bürgerlicher Revolution mit Geoff Eley und anderen meint, es sei sinnvoll, daß zwischen einer Revolution als Staatskrise und einer Revolution als umfassendem Prozeß struktureller Veränderungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterschieden werden müsse,[78] dann ist eine Revolution bürgerlich zu nennen, wenn sie die Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung schafft. Mit dieser Definition ist noch nichts über den sozialen Hintergrund derer gesagt, die die Wiederherstellung des Staates betreiben. Bürgerliche Revolutionen müssen nicht von Kapitalisten oder Leuten, die bewußt im Interesse des Kapitalismus handeln, betrieben werden, obwohl das der Fall sein kann. »Bürgerliche Revolution« ist als Kategorie umfassend genug, um »Revolutionen von unten« mit unterschiedlichen Graden von Massenmobilisierung (zum Beispiel die »klassischen« bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich), »Revolutionen von oben« (etwa die der Samurai-Bürokratie im Japan der 1860er Jahre) und die »antikolonialen Revolutionen« des zwanzigsten Jahrhunderts einzuschließen.

Die klassischen bürgerlichen Revolutionen *initiierten* die kapitalistische Entwicklung. Sie waren politische Revolutionen, verbunden mit einer umfassenden sozialen Revolution der Produktionsverhältnisse. Aber bürgerliche Revolutionen können auch *innerhalb* längst bestehender kapitalistischer Verhältnisse stattfinden. Weil die kapitalistische Entwicklung nicht linear verläuft, überspringen Nationen nicht nur Stufen der Entwicklung, sondern fallen gelegentlich auch zurück. Kapitalismus revolutioniert nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die politischen Bedingungen seiner eigenen Existenz. Bestimmte Staats- und Regierungsformen werden dabei zu Hindernissen für eine Weiterentwicklung. Revolutionen stellen eine Anpassung, einen neuen Weg kapitalistischer Akkumulation her. So sind die Revolutionen des 19. Jahrhunderts in Frankreich zu verstehen, so die politischen Veränderungen in Deutschland 1918/19 und 1933–1945, so die Revolutionen der Iberischen Halbinsel in den siebziger Jahren und ebenso die »demo-

78 Vgl. Geoff Eley/David Blackbourn, The Peculiarities of German History, Oxford (Oxford University Press) 1984, S. 283; Alex Callinicos, Bourgeois Revolutions and Historical Materialism, in: International Socialism, (1989), 43, S. 113–171; Colin Mooers, The Making of Bourgeois Europe, London (Verso) 1992.

kratischen Übergänge« der Achtziger in Lateinamerika. Und so, meinen wir, lassen sich auch die Revolutionen von 1989 verstehen.

(Aus dem Englischen übersetzt von Ole Frahm zusammen mit Tobias Mulot und Michael Hein)